

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FG/049(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch, 11.10.2006	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	20:05Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift vom 13.09.2006

Nichtöffentliche Sitzung

- 3 Beschlussvorlagen und Informationen

Öffentliche Sitzung

- 4 Beschlussvorlagen und Informationen
- 4.1 Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)
Vorlage: I0221/06

- BE: FB02; 17:45 Uhr
- 4.2 Sportbaumaßnahmen mit Landesförderung im Leistungs- und Breitensportzentrum Cracau
Vorlage: DS0296/06
BE: FB40; 18:15 Uhr
- 4.3 Umsetzung der Strategie zur Stellen- und Personalkosteneinsparung
- Kontrakt für das Dezernat V
Vorlage: DS0393/06
BE: FB01; 18:25 Uhr
- 4.4 Verwaltungskostensatzung
Vorlage: DS0251/06
BE: FB02
- 5 Anträge
- 5.1 Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung - WV mit Änderungsantrag im Sinne der Stellungnahme
Vorlage: A0088/06
- 5.1.1 Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung
- 5.1.2 Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung
Vorlage: S0130/06
BE: FB02
- 6 Verschiedenes
- 6.1 Erörterung offener Fragestellungen zur Standortplanung von Kitas
BE: BG V; 18:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Walter Meinecke
Stadtrat Gunter Schindehütte
Stadtrat Hilmar Schoenberner
Stadtrat Reinhard Stern
Stadtrat Alfred Westphal
Stadträtin Beate Wübbenhorst
Geschäftsführung
Frau Birgit Synakewicz

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Bromberg eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn sind 8 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

1.1. Bestätigung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird mit 8 – 0 – 0 zugestimmt.

1.2. Genehmigung der Niederschrift vom 13.09.2006

Die Niederschrift vom 13.09.2006 wird mit 6 – 0 – 2 bestätigt.

Nichtöffentliche Sitzung

3. Beschlussvorlagen und Informationen

Öffentliche Sitzung

4. Beschlussvorlagen und Informationen

4.1. Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)
Vorlage: I0221/06

Frau Mittendorf erläutert umfassend den aktuellen Stand der Entwicklung des Projektes zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR). Die Ausführungen wurden den SR in Papierform als Tischvorlage vorgelegt.

Herr Westphal fragt nach, ob sich die Darstellung des Haushaltes durch Einführung der Doppik ändern wird. Dies wird von **Herrn Zimmermann** bejaht. Daraufhin erbittet **Herr Westphal** ein Muster, das heißt ein überschaubares Vorhabens sollte als Beispiel dargestellt werden.

Herr Zimmermann sagt, dass dies zu gegebener Zeit (2008/2009) erfolgen wird.

Herr Franke stellt fest, dass die doppische Haushaltsführung komplizierter erscheint und möchte wissen, ob dies an den neuen Gesetzesgrundlagen liegt.

Frau Mittendorf sagt, dass es künftig interne und externe Elemente der Buchführung gibt. Die Darstellung wird komplizierter und die Pflege der Elemente muss optimiert werden.

Herr Hartung ergänzt, dass ein 2 – Komponenten – System entsteht, welches eine Bilanz- und eine Ergebnisrechnung beinhaltet.

Herr Bromberg fragt nach, warum mit der KID ein Programm erarbeitet wird und nicht auf ein bereits vorhandenes Programm aus vergleichbaren Kommunen zurückgegriffen wird.

Herr Zimmermann sagt, dass die LH MD zur Zusammenarbeit mit der KID verpflichtet ist. Da BKF nicht zur Umstellung geeignet ist, ist die KID auf der Suche nach einem geeigneten Programm. Es wird für Magdeburg aber keine „Insellösung“ geben, so dass die Kommunikation mit anderen Kommunen möglich bleibt.

4.2. Sportbaumaßnahmen mit Landesförderung im Leistungs- und
Breitensportzentrum Cracau
Vorlage: DS0296/06

Nach kurzer Diskussion über die angegebene Deckungsquelle der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erklärt **Herr Zimmermann** mit Nachdruck, dass es dadurch zu keinerlei Einschränkungen im Stadtumbau Ost kommt.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

4.3. Umsetzung der Strategie zur Stellen- und
Personalkosteneinsparung - Kontrakt für das Dezernat V
Vorlage: DS0393/06

Herr Bromberg möchte wissen, ob mit der Abstimmung im FG und Stadtrat beschlossen wird, dass alle KJFE übertragen werden oder nicht.

Frau Bröcker sagt, dass dies die Zielsetzung ist. Die DS regelt die Rahmenbedingungen. Dennoch wird dem Stadtrat die Übertragung jeder einzelnen Einrichtung zu gegebener Zeit vorgelegt.

Herr Stern fragt nach, ob die Arbeitskräfte 1 zu 1 übergeleitet werden und ob künftige tarifliche Steigerungen berücksichtigt wurden.

Herr Radike führt aus, dass in den Jahren 2006 – 2009 insgesamt 23 Stellen eingespart werden sollen. Die Kosteneinsparung errechnet sich auf heutiger Basis ohne die Berücksichtigung weiterer Tarifsteigerungen.

Herr Westphal stellt fest, dass im Auftrag des Oberbürgermeisters Personalkosten eingespart werden sollen. Wie entwickeln sich aber die Sachkosten?

Frau Bröcker sagt, dass die Personalkosten über das Jugendamt an die Träger überwiesen werden, so wie bei den Kita's auch. Dies hat keine Auswirkung auf den Haushalt.

Herr Franke verlässt gegen 18.50 Uhr die Sitzung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

4.4. Verwaltungskostensatzung
Vorlage: DS0251/06

Herr Bromberg spricht bei der vorliegenden Verwaltungskostensatzung von einem umfangreichen Werk, welches in verschiedenen Positionen „Rundungen und Glättungen“ zur derzeit geltenden vornimmt.

Herr Stern stellt fest, dass viele Positionen „von – bis“ Spannen haben. Diese Spannen sind teilweise sehr groß gefächert, z. B. Kosten für Akteneinsicht von 9,20 EUR bis 69,- EUR. Er möchte wissen warum es keine eindeutigen Festlegungen gibt.

Herr Bromberg sieht die Gefahr, dass die Bürger vorher gar nicht wissen, ob eine später gestellte Rechnung überhaupt „bezahlbar“ ist.

Frau Ende erläutert, dass diese Spannen durchaus gewollt sind. Es sollen die unterschiedlichsten Aufgaben der einzelnen Ämter gewürdigt werden. Die vorliegende Drucksache legt lediglich die Rahmenbedingungen fest und weicht nicht wesentlich von der zurzeit gültigen Satzung ab.

Herr Hartung bestätigt diese Aussage und spricht von einem Ermessensspielraum der Ämter.

Herr Stern findet die großen Spielräume dramatisch und gibt zu bedenken, dass die Stadt Dienstleister ist.

Frau Meinecke erinnert sich, dass bei der Erarbeitung der Verwaltungskostensatzung im Jahr 2001 die Kostensätze des Landes zugrunde gelegt wurden. Da die Landesbediensteten höher als die Stadtangestellten vergütet werden sind ihrer Ansicht nach die Kosten zu hoch und hätten nach unten korrigiert werden müssen.

Herr Hartung bestätigt, dass die Verwaltungskostensatzung in Anlehnung an die Allgemeine Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt erarbeitet wurde.

Herr Meinecke ist der Auffassung, dass die Landesrichtlinie für die Stadt um 10 % hätte reduziert werden müssen. Ungerecht findet er auch, dass der Bürger als Steuerzahler ohnehin die Angestellten der Stadt mitfinanziert und dann bei einem Anliegen nochmals zur Kasse gebeten wird.

Herr Hartung verweist diesbezüglich auf das Satzungsrecht der Landeshauptstadt Magdeburg. Zielstellung ist daher die Wirtschaftlichkeit der Dienstleistungen an die Bürger zu erhöhen.

Herr Sommermeier erläutert anhand seines Aufgabenbereichs (Vermessungen), dass die Festlegung eines Endpreis nicht möglich ist. Dennoch wird der Bürger im Vorfeld über die zu erwartenden Kosten aufgeklärt. Bei einer kostenfreien Arbeit wird die Verwaltung nach seiner Meinung überstrapaziert.

Herr Bromberg fragt nach, ob in der Verwaltungskostensatzung festgelegt ist, dass der Bürger im Rahmen des Ermessensspielraumes vorab über die Kosten informiert wird. Dies wird verneint.

Herr Stern findet die Ermessensspielräume zu groß. Er möchte vorher wissen wie viel er für welche Tätigkeit bezahlen muss.

Frau Ende betont nochmals, dass die vorliegenden Satzung den Rahmen setzt, welchen die Ämter mit „Leben“ erfüllen. Jedes Amt hat darüber hinaus seine Gebühren klar definiert.

Herr Westphal hält den § 2, Abs. 3 für sehr brisant. Er stellt fest, dass die Grundlage der überarbeiteten Fassung die beschlossene Verwaltungskostensatzung aus 2001 ist. Dort bestände ebenfalls diese Spezifik.

Herr Bromberg findet diesen Punkt inhaltlich nicht nachvollziehbar. **Er stellt daher den Antrag auf folgende Ergänzung:**

„Im Rahmen der von – bis – Spanne ist der Verwaltungsangestellte vor Beginn der Arbeiten verpflichtet, eine Aussage über die zu erwartenden Kosten zu treffen.“

Dem Antrag wird mit 6 – 0 – 2 zugestimmt.

Des Weiteren wird folgender Änderungsantrag zur Beschlussfassung im Stadtrat gestellt:

Bei Tarifstelle 12.4.3, vierter Anstrich muss unter der Aufzählung der Formate DIN A 4 bis DIN A 1 zusätzlich stehen:

„Die Gebühren gelten auch, wenn die jeweiligen Kopien in elektronischer Form (z.B. CD) ausgegeben werden.“

Bei Tarifstelle 12.4.4 muss es am Ende der Überschrift in Klammern zusätzlich heißen:

„(ohne Bauakten und andere überformatige Vorlagen).“

Begründung:

Kopien aus Bauakten und von anderen überformatigen Unterlagen werden gegenwärtig ausschließlich noch mittels des DIN A 2 – Kopierers im Stadtarchiv angefertigt. Ergänzend soll die elektronische Variante aufgenommen werden, die technisch bereits möglich ist und den Vorteil hat, dass die Akten geschont werden. Die Anschaffung entsprechender Technik ist vorgesehen.

Dem Antrag wird mit **4 – 0 – 4** zugestimmt.

Die geänderte Drucksache wird dem Stadtrat mit **2 – 2 – 4** nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

5. Anträge

5.1. Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung - WV mit
Änderungsantrag im Sinne der Stellungnahme
Vorlage: A0088/06

5.1.1. Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung

5.1.2. Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung
Vorlage: S0130/06

Bezug nehmend auf die Anträge A0088/06, A0088/06/1 und die Stellungnahme S0130/06 liegt den SR nunmehr der Antrag A0088/06/2 vor. Die Mitglieder des FG sind sich einig, dass dieser Antrag die Gesamtproblematik darstellt und stimmen entsprechend darüber ab.

Der Antrag A0088/06/2 wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

6. Verschiedenes

6.1. Erörterung offener Fragestellungen zur Standortplanung von Kitas

Bezug nehmend auf den Standort der Kita Waldschule fragt **Herr Schindehütte** nach, warum die Stadt in einem Einzugsgebiet selbst investiert, obwohl ein privater Investor hierzu bereit ist.

Frau Bröcker spricht im angesprochenen Fall von einem Sonderfall. Die Plätze in der „Waldschule“ werden nicht benötigt. Außerdem sind die Verhandlungen mit dem Kolpingwerk und der GWG – Reform gescheitert. Ein neuer Investor ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bereit einen Vertrag zu unterschreiben. Des Weiteren ist im Stadtteil Reform eine Kapazitätsminderung geplant. Im Juni waren dort 100 freie Kitaplätze zu verzeichnen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg
Vorsitzende/r

Birgit Synakewicz
Schriftführer/in